

Studienberatung im Prozeß der gesellschaftlichen Umgestaltung

Gudrun Aulerich
Karin Döbbeling

Im Rahmen der Projektgruppe Hochschulforschung wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema "Studienberatungs- und Studentenbetreuungskonzepte" gebildet. Die im Zuge des Umgestaltungsprozesses an ostdeutschen Hochschulen entstehenden Probleme im Bereich der Studienberatung und Studentenbetreuung sind so vielschichtig, komplex und zeitlich drängend, daß eine wissenschaftliche Bearbeitung und Begleitung sinnvoll erscheint. Die gegenwärtigen Tätigkeitsschwerpunkte bestehen in einer Situationsanalyse zur Entwicklung der Studienberatung in den neuen Ländern, der Untersuchung des spezifischen Informations-, Beratungs- und Betreuungsbedarfs junger Studieninteressenten und Studierender aus der ehemaligen DDR und in der Unterstützung des Aufbaus eines funktionierenden Beratungssystems im Beitrittsgebiet.

1 Zu Entwicklung und Aufgaben der Studienberatung

Studienberatung, so wie sie in den alten Bundesländern eingeführt ist und verstanden wird, gab es an den Hochschulen der ehemaligen DDR nicht. Bedingt durch die konträren gesellschaftlichen Systeme verlief in beiden deutschen Staaten auch die Entwicklung des Hochschulwesens, trotz gemeinsamer Traditionen und gleicher Ausgangslage nach dem 2. Weltkrieg, sehr unterschiedlich, wobei in Teilbereichen auch Ähnlichkeiten vorhanden waren. Das jeweilige gesellschaftliche System bestimmte dabei die Aufgaben der Hochschulen, was zu unterschiedlichen Zielsetzungen des Studiums führte.

Ein Vergleich der Zielsetzungen des Studiums zeigt u. a. zwei wesentliche Unterschiede:

In der ehemaligen DDR versuchte man erstens, den Studierenden eine sozialistische weltanschauliche Haltung anzuerziehen, und zweitens eine entsprechend dem prognostizierten Bedarf der Gesellschaft festgelegte Anzahl an Hochschulabsolventen auszubilden. Von den Hochschulen wurde also die Durchsetzung einer sozialistischen Kaderpolitik bei der Zulassung zum Studium, während des Studiums und bei der Absolventenlenkung verlangt. Die Folgen waren praktisch eine Zulassungsbeschränkung für fast alle Studiengänge in der ehemaligen DDR und wesentlich geringere Studentenzahlen an den Universitäten und Hochschulen.

Die westdeutschen Hochschulen hatten sich im Gegensatz dazu mit den Folgen eines weitgehend freien Zugangs zum Studium auseinanderzusetzen wie

- Überfüllung der Hochschulen,
- Verschärfung der Krisenfaktoren bei Studenten durch zunehmende Anonymität,
- Anstieg der Unsicherheiten im Hinblick auf die berufliche Verwertbarkeit von Ausbildungsgängen,
- überlange individuelle Studienzeiten.

Auf diese unterschiedlichen Situationen reagierten die Hochschulen jeweils mit der Schaffung verschiedenartiger Struktureinheiten.

In der Bundesrepublik wurden in den 70er Jahren an einigen Hochschulen Studienberatungsstellen eingerichtet.

Für die Klientel der Studieninteressenten und Studierenden bieten heute unterschiedliche Institutionen Beratung an:

- die Beratungsstellen für Abiturienten und Hochschulabsolventen der Arbeitsämter,
- die regionalen Beratungsstellen des Deutschen Studentenwerkes und
- die Allgemeinen und die Studienfachberatungen der Hochschulen.

Die Schwerpunkte der jeweiligen Beratungsangebote werden dabei durchaus unterschiedlich gesehen, bei einzelnen Aufgabenfeldern kommt es aber naturgemäß zu Überschneidungen.

Studienberatung als integraler Bestandteil westlicher Hochschuleinrichtungen ist im Hochschulrahmengesetz und in den einzelnen Ländergesetzen fixiert. Studienfachberatung wird von Hochschullehrern schon so lange praktiziert, wie es universitäre Bildungseinrichtungen gibt. Die allgemeine Studienberatung ist dagegen eine relativ neue Aufgabe der Hochschulen, welche von hauptamtlichen Studienberatern wahrgenommen wird.

Als Aufgaben der Studienberatung werden im § 14 HRG, i.d.F. vom 15. Dez. 1990 genannt: "Die Hochschule unterrichtet Studenten und Studienbewerber über Studienmöglichkeiten und über Inhalte, Aufbau und Anforderungen eines Studiums; sie unterstützt die Studenten in ihrem Studium durch eine studienbegleitende fachliche Beratung. Die Hochschule soll bei der Studienberatung insbesondere mit den für die Berufsberatung und den für die staatlichen Prüfungen zuständigen Stellen zusammenwirken."

An den Hochschulen der ehemaligen DDR gab es die Institution "Direktorat für Studienangelegenheiten", deren Mitarbeiter vor allem Aufgaben wie

- Vorbereitung und Durchführung der Zulassung von Studierenden,
- die Studienorganisation,
- die Organisation der Studentenbetreuung und die Stipendiengewährung,
- die Absolventenvermittlung

zu erfüllen hatten. Studienberatung fand dabei in dem Sinne statt, daß eine möglichst hohe Übereinstimmung zwischen individuellen Wünschen und vorgegebenen gesellschaftlichen Erfordernissen erreicht werden mußte.

Damit wird deutlich, daß Studienberatung - wie immer sie auch verstanden wird - bestimmte Aufgaben in Abhängigkeit von hochschul- und bildungspoli-

tischen Entwicklungen erhält. Dieser Blick in die junge Geschichte der Studienberatung zeigt, daß Studienberatung wohl immer im Konfliktfeld zwischen einer auf das Individuum gerichteten Beratung und der am gesellschaftlichen Bedarf orientierten effizienten Gestaltung des Studiums steht.

Gegenwärtig führt der soziale Umgestaltungsprozeß im Osten Deutschlands zu massiven Veränderungen im Hochschul-, Bildungs- und Beschäftigungssystem. Die Ausrichtung des ostdeutschen Hochschulwesens auf das westliche Hochschulsystem beinhaltet Veränderungen der Hochschullandschaft insgesamt, des Typs einzelner Hochschulen und der Zugangsbedingungen. Eine Folge dieser Veränderungen bestand in einem sprunghaften Anstieg des Informations- und Beratungsbedarfes bei Studieninteressenten, Studenten und jungen Akademikern aus der ehemaligen DDR. Dies übte einen enormen Druck auf die Beschleunigung des Konstituierungsprozesses von Studienberatung aus. Somit ist auch die inhaltliche und organisatorische Gestaltung von Studienberatung und Studentbetreuung an Hochschulen der neuen Bundesländer betroffen. Zunächst wurden Mitarbeiter der Direktorate für Studienangelegenheiten mit Aufgaben der Studienberatung betraut. Dabei zeigte sich sehr schnell, daß Universitätspersonal, welches gleichzeitig mit verschiedenen verwaltungstechnischen Aufgaben befaßt ist, mit Beratungstätigkeit häufig überfordert war auch und Loyalitätskonflikte entstanden. Eine formale und personelle Trennung dieser Aufgabengebiete erwies sich damit als unbedingt erforderlich. Im März 1990 wurde an ostdeutschen Hochschulen mit der formalen Installierung von Studienberatungsstellen, ihrer personellen Besetzung, der Zuweisung von Räumen und Sachmitteln begonnen. Die Realisierung dieser Aufgabentrennung geht in Abhängigkeit von der Durchführung der Verwaltungsreform an den einzelnen Hochschulen unterschiedlich voran. In der darauf folgenden Phase müßte die inhaltliche Gestaltung der Aufgaben von Studienberatung im Vordergrund stehen.

Aus der Sicht von Studienberatern wurde in Experteninterviews deutlich, daß bei der inhaltlichen Gestaltung von Studienberatung an einige bedenkenswerte Erfahrungen angeknüpft werden könnte und sollte.

Erhaltenswerte Erfahrungen gibt es dabei mindestens auf drei Gebieten:

1. **Studienvorbereitung**

Hierzu gehört die enge Zusammenarbeit der Hochschule mit studienvorbereitenden Einrichtungen und mit der Arbeitswelt. Beizubehalten wären auch künftig gemeinsame Veranstaltungen mit Schülern, Lehrern und Eltern durch die Hochschulen und Betriebe zur Information über Berufe für Hochschulabsolventen.

2. Betreuung während des Studiums

Hier sei besonders auf die guten Erfahrungen mit studentischen Arbeitsgruppen und ihrer Betreuung durch Hochschullehrer verwiesen.

3. Berufsorientierung

Erhaltenswert wären hier die Forschungsk Kooperationen zwischen Hochschulen und Praxisbereichen, die Verbindungen zu künftigen Tätigkeitsfeldern für Absolventen anbahnen helfen.

Der Weg der Etablierung von Studienberatung ist mit einer Vielzahl von Problemen gepflastert. Aufgrund des äußeren Erscheinungsbildes dieser Schwierigkeiten, wie z. B.

- fehlender Finanzmittel,
- mangelhafter materiell-technischer Ausgestaltung der Studienberatungsstellen,
- nicht ausreichender Personalbesetzung und
- der bestehenden Unklarheiten zum Anforderungs- und Qualifikationsprofil des Studienberaters,

könnte der Eindruck entstehen, daß es sich dabei um die gleichen "Kinderkrankheiten" wie in der Anfangsphase der Studienberatung in den alten Ländern vor 20 Jahren handelt.

Die Spezifik der Probleme bei der Entwicklung Zentraler Studienberatungsstellen im östlichen Teil Deutschlands erwächst aber aus der Einmaligkeit der Angleichung zweier Hochschulsysteme, die vor einem sehr unterschiedlichen sozio-kulturellen Hintergrund gewachsen sind.

2 Zur Situation der Studienberatung an Berliner Hochschulen

Berlin kann als ein Brennpunkt hochschulpolitischen Geschehens betrachtet werden. Hier erfolgt in einer Stadt in kürzester Frist die Angleichung dieser

beiden verschiedenen Hochschulsysteme. Grundlage dafür ist ein Ergänzungsgesetz zum Berliner Hochschulgesetz. Der Berliner Senat ist bemüht, unter Einbeziehung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates und der zuständigen Strukturkommissionen, eine Profilierung der Berliner Hochschullandschaft zu fördern. An den einzelnen Hochschulen ist die Situation damit gegenwärtig sehr differenziert. Die in den alten Bundesländern gängigen Typen von Hochschulen sollen sich im Zuge der Angleichung der beiden deutschen Hochschulsysteme auch bei der Umgestaltung der Ost-Berliner Bildungseinrichtungen etablieren.

Ihren Traditionen folgend wird die Humboldt-Universität eine wissenschaftliche Hochschule bleiben. Verbindliche Entscheidungen stehen im Hinblick auf das endgültige Spektrum der Fachbereiche noch aus. Diese Festlegungen werden auch im Zusammenhang mit der geschichtlichen Rolle der "Schwesteruniversität", also der Freien Universität in West-Berlin, und der Abwicklung bzw. Neugründung einzelner belasteter Fachbereiche getroffen werden.

Eine Fachhochschule, als ein in den neuen Ländern bisher nicht eingeführter Hochschultyp, wird in Berlin-Lichtenberg gegründet. Die ehemalige Ingenieurhochschule Berlin-Lichtenberg wird unter Einbeziehung weiterer Ingenieur- und Fachschulen in die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft umgewandelt. Zum Typ der Kunst- und Musikhochschulen zählen in Ost-Berlin die Hochschule für Schauspielkunst, die Hochschule für Musik und die Kunsthochschule Berlin-Weißensee.

Sowohl die Umgestaltung des Hochschulwesens insgesamt als auch die Veränderungen an den einzelnen Hochschulen führten bei Studieninteressenten und Studierenden zu einem enormen Anstieg des Bedarfs an Information und Beratung. Die Mitarbeiter der neu geschaffenen Studienberatungsstellen bzw. der mit Studienberatung betrauten Institutionen versuchen, diesem Bedarf zu entsprechen.

Im folgenden wird über eine von den Autorinnen durchgeführte Analyse des Entwicklungsstandes der Allgemeinen Studienberatungsstellen, ihrer Frequentierung durch Ratsuchende und deren Beratungsanliegen berichtet; sie soll die Vielzahl von schwerwiegenden Problemen deutlich machen, vor denen Studienberatung in den neuen Ländern steht. Als Untersuchungsmethoden wurden eingesetzt:

- Experteninterviews,
- eine Fragebogenerhebung an Studienberatungsstellen und
- die Analyse von Beratungsstatistiken.

2.1 Zur quantitativen und qualitativen Entwicklung des Nachfrageverhaltens

Vor der Wende stellten Schüler mit oder ohne ihre Eltern das Gros derer, die das Direktorat für Studienangelegenheiten frequentierten und sich dann im wesentlichen auch nur während der Zeit der Einreichung der Bewerbungsunterlagen beraten ließen. Die Klientel der Ratsuchenden hat sich seitdem weit gefächert, permanent wird Beratung gesucht - wobei natürlich die bekannten Spitzenzeiten vor Semesterbeginn weiterhin, aber auf höherem Niveau - bestehen und sich auch politische Entscheidungen (z.B. Abwicklung der Hochschule oder einzelner Fachbereiche, Anerkennung von Abschlüssen) am Ansturm der Nachfragenden ablesen lassen.

Von Ratsuchenden aus der ehemaligen DDR wurde die Kompetenz für Studienberatung zunächst bei westlichen Studienberatungsstellen vermutet, was zu einer Vervielfachung der Zahl Anfragender an den Universitäten West-Berlins führte. Mit zunehmender Funktionsfähigkeit und Akzeptanz der Studienberatungsstellen an Ost-Berliner Hochschulen ist diese Tendenz rückläufig.

Die drei Universitäten Berlins

In unsere Betrachtung beziehen wir vorrangig die drei Universitäten Berlins und die Fachhochschule Berlin-Lichtenberg ein. Die Studienberatung an Kunst- und Musikhochschulen weist Spezifika auf, die aus den Besonderheiten künstlerischer Studiengänge und aus der Größe dieser Hochschulen erwachsen. An dieser Stelle wird deshalb auf eine umfassende Darstellung der Situation an diesen Hochschulen verzichtet und nur auf einige wichtige Aspekte hingewiesen.

Die folgenden Tabellen geben einen Überblick über die quantitative Entwicklung des Nachfrageverhaltens und die Inanspruchnahme verschiedener Beratungsformen an den drei Universitäten Berlins (siehe Tabellen 1 - 3, zusammengestellt aus den Beratungsstatistiken der Universitäten).

Tabelle 1: Inanspruchnahme der Beratungsformen an der Humboldt-Universität

Monat	persönl. mdl. Auskünfte/ Einzelbera- tung	telefonische Beratung	schriftliche Beratung
1980			
September	530	90	70
Oktober	741	75	80
November	504	70	50
Dezember	400	50	50
1991			
Januar	570	70	60
Februar	786	80	90
März	848	110	75

Tabelle 2: Inanspruchnahme der Beratungsformen an der Freien Universität

Monat	persönl./ mündliche Auskünfte	Einzel- beratung	telefoni- sche Beratung	schrift- liche Beratung
1990				
September	1.334	1.326	442	232
Oktober	1.529	1.499	419	548
November	1.166	1.165	286	613
Dezember	1.005	952	309	436
1991				
Januar	1.609	1.059	o.A.	792
Februar	994	1.012	377	667
März	1.222	620	o.A.	555

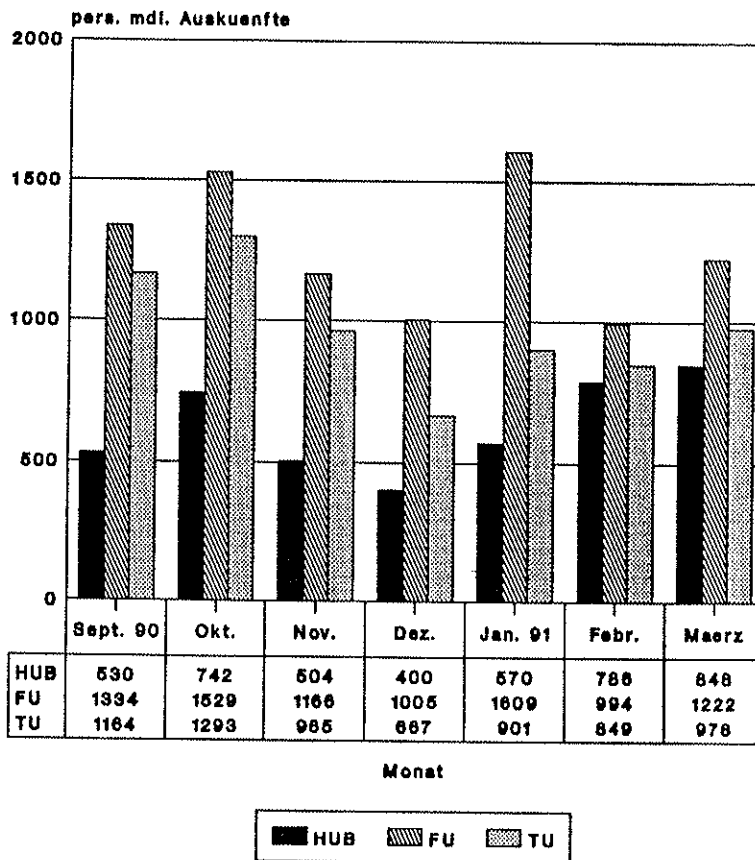
Tabelle 3: Inanspruchnahme der Beratungsformen an der Technischen Universität

Monat	persönl. / mündliche Auskünfte	Einzel- beratung	telefoni- sche Beratung	schrift- liche Beratung
1990				
September	1.164	243	413	248
Oktober	1.293	441	410	329
November	965	338	239	355
Dezember	667	257	153	213
1991				
Januar	901	372	325	466
Februar	849	291	292	447
März	978	256	293	394

Ein Vergleich der in den Tabellen 1 bis 3 aufgeführten Beratungsformen weist aus, daß an den beiden West-Berliner Universitäten eine Clearingstelle (Tab. 2 und 3, erste Spalte) den Strom der Ratsuchenden filtert. Die Folge ist eine Entlastung der Studienberater und -beraterinnen von reinen Informationsfragen und der Ausgabe von Materialien, z. B. Bewerbungsunterlagen. An der Humboldt-Universität existiert eine derartige Schaltstelle noch nicht, so daß sich die Flut der Ratsuchenden direkt über die Berater ergießt, was Einschränkungen der Qualität der persönlichen Einzelberatungen zur Folge haben muß. Die zwangsläufige Realisierung von ca. 40 bis 60 Einzelgesprächen pro Berater und Tag zu Hochzeiten der Nachfrage scheint mit einem personenzentrierten Beratungskonzept kaum vereinbar zu sein.

Abbildung 1

Frequentierung der Beratungsstellen Berliner Universitaeten



Die Zahl der Ratsuchenden steht in Beziehung zur Größe der Universität, d. h. der Anzahl der immatrikulierten Studierenden und dem Spektrum der angebotenen Fachbereiche. Abbildung 1 macht deutlich, daß sich das Auf und Ab der Schwankungen im Nachfrageverhalten in Abhängigkeit vom Bewerbungsmodus und dem Semesterrhythmus bewegt. Spitzenzeiten der Frequentierung, im Erhebungszeitraum September 1990 bis März 1991, lagen an allen drei universitären Studienberatungsstellen zu Semesterbeginn (Oktober, März) und am Ende des Bewerbungszeitraumes für zulassungsbeschränkte Fächer (Januar).

Ingenieurhochschule Berlin, künftig Fachhochschule für Technik und Wirtschaft

Die allgemeine Studienberatung an der Ingenieurhochschule Berlin-Lichtenberg wird durch eine Studienberaterin realisiert. Mit Initiative und Engagement entwickelt sich an dieser Hochschule eine sehr gute Zusammenarbeit mit den Studienfachberatern, was sich in einer Vielzahl gemeinsamer Informationsveranstaltungen und der abgestimmten Erarbeitung von Informationsmaterialien widerspiegelt.

Tabelle 4: Inanspruchnahme der Beratungsformen an der Ingenieurhochschule Lichtenberg*

Monat	mündl./ persön. Ausk.	Einzel- bera- tung	telef. Bera- tung	schrift- liche Beratg.	Grup- pen Be- ratg.	Inform. Veran- staltg.
1991						
Februar	120	60	ca.300	40	5	-
März	127	60	ca.350	60	3	-
April	-		ca. 60	82	6	12

* Weitere statistische Angaben lagen bis zum Redaktionsschluß nicht vor.

2.2 Der Status der Ratsuchenden

Studieninteressenten stellen an Universitäten und der Ingenieurhochschule mit ca. 70 Prozent die größte Gruppe der Ratsuchenden dar. Im Unterschied dazu wenden sich an die Beratung an den künstlerischen Hochschulen überwiegend Studierende (80 Prozent an der Kunsthochschule Weißensee). Die Besonderheit der Schauspielschule besteht darin, daß mehr als die Hälfte ihrer Klientel Berufstätige und Arbeitslose sind (54 Prozent). Ursache für diese Unterschiede bestehen in den verschiedenen Zugangsbedingungen und der spezifischen Lebens- und Berufswegplanung bei künstlerisch Begabten.

2.3 Die regionale Herkunft der Anfragenden

Die hier vorliegenden Daten bestätigen die auch aus den alten Ländern bekannte Tendenz, daß viele junge Leute am Heimatort studieren wollen. So kamen 40 Prozent der an der Humboldt-Universität und 35 Prozent der an der Ingenieurhochschule Ratsuchenden aus Berlin.

Dieser Trend könnte sich mit der prekärer werdenden ökonomischen Situation in den neuen Ländern noch stärker ausprägen.

Aus den alten Ländern wurden an die Kunsthochschule 45 Prozent und an die Schauspielschule 35 Prozent der Anfragen im Erhebungszeitraum gerichtet, was für die Reputation der Hochschule und ihrer Lehrer sowie für die Einmaligkeit einiger Ausbildungsgänge spricht. Von besonderer Attraktivität ist dabei die günstige Betreuungsrelation zwischen Hochschullehrern und Studierenden. Ein großes Interesse an Studiengängen der Musikhochschule bekunden auch relativ viele junge Menschen aus dem fernöstlichen Raum. Diese Entwicklung wird wohl schneller als andernorts eine paritätische Durchmischung der Studentenschaft an künstlerischen Hochschulen bewirken.

2.4 Die Beratungsanliegen

Die Analyse der Beratungsanliegen dokumentiert die Informationsdefizite, die es in der ehemaligen DDR gibt. So wurde in den meisten Beratungsgesprächen an Berliner Hochschulen nach Bewerbungs- und Zulassungsmodalitäten, dem Studienaufbau, -plan und -inhalt, der Hochschulzugangsberechtigung und den Möglichkeiten zur Realisierung eines konkreten Studienwunsches gefragt.

Ein Unterschied zwischen den Ost-Berliner Hochschulen und der Technischen Universität bestand darin, daß sich junge Menschen aus den neuen Ländern viel häufiger nach der beruflichen Verwertbarkeit des Studiums erkundigten. In diesem Kontext wird auch die Frage nach dem jeweilig zu erwerbenden Studienabschluß gestellt. Besonders große Unsicherheiten bestanden in diesem Punkt an der Schauspielschule und der Ingenieurhochschule Lichtenberg.

Die Frage nach der Perspektive der Kunsthochschule Berlin-Weißensee verunsicherte viele Studierende und Studieninteressenten und veranlaßte sie zu einer diesbezüglichen Nachfrage in der Studienberatungsstelle.

Studierende an künstlerischen Hochschulen bewegten auch insbesondere Fragen zur Studienfinanzierung und zu Wohnungsangelegenheiten, was sicherlich im Zusammenhang mit den oft hohen Nebenkosten einer künstlerischen Ausbildung und der regionalen Herkunft (großer Teil Nicht-Berliner) zu sehen ist. Letzteres scheint auch bei der Ingenieurhochschule Lichtenberg eine größere Rolle zu spielen.

Besonderes Interesse an einem Auslandsstudium bekundeten ein Viertel der Nachfragenden an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee, was wohl den Besonderheiten künstlerischer Ausbildungswege geschuldet ist.

Fragen zu Aufbau-, Ergänzungs- und Zweitstudiengängen wurden gehäuft an die Ingenieurhochschule Lichtenberg und die Kunsthochschule Weißensee aus unterschiedlichen Gründen herangetragen. An der Ingenieurhochschule bildete die Nachgraduierung von Fachschulabsolventen und an der Kunsthochschule die Öffnung von Studiengängen vermutlich den Hintergrund von Fragen.

2.5 Zur Institutionalisierung der Studienberatung

Die im Frühjahr 1990 an den meisten Berliner Hochschulen begonnene formale Institutionalisierung der Allgemeinen Studienberatung und das Bewußtwerden der Notwendigkeit von Studienberatung bei den Leitungsgremien der Hochschulen führten zu organisatorischen, personellen und räumlichen Konsequenzen. Vor allem an den großen Bildungseinrichtungen (Humboldt-Universität, Ingenieurhochschule) zeigten sich Veränderungen (Trennung von Beratungs- und Verwaltungsaufgaben, Umzug in andere Räumlichkeiten).

Obwohl keine der Ost-Berliner Studienberatungsstellen einen Clearing-Bereich hat und nur die Humboldt-Universität (dank eines gemeinsamen Projektes mit der Freien Universität, das vom BMBW gefördert wurde) über eine PC-Ausstattung verfügt, kann doch insgesamt eine deutliche Verbesserung der Beratungsbedingungen konstatiert werden. Grundvoraussetzungen für eine Studienbe-

ratung nach westdeutschen Strukturen sind geschaffen worden. So werden jetzt hauptamtlich tätige Studienberater auf Vollzeitstellen für Beratungstätigkeiten eingesetzt. Basisinformationsmaterialien sind erarbeitet worden, und eine Zusammenarbeit mit den Studienfachberatern wird aufgebaut.

2.6 Zu speziellen Problemen

Alle Studienberater sehen sich aber auch vor massive Schwierigkeiten gestellt, die die Beratungssituation schwer beeinträchtigen. Hauptproblem sind die immer noch fehlenden eindeutigen hochschulpolitischen Entscheidungen zur Gestaltung der Berliner Hochschullandschaft. Daraus resultieren Unklarheiten bezüglich des Profils der einzelnen Universitäten und Hochschulen, der Gestaltung von Fachbereichen und Studiengängen und der Besetzung der Hochschullehrer- und Mitarbeiterstellen. Die Brisanz der Situation in der Gegenwart wie auch in der näheren Zukunft resultiert aus den objektiv fehlenden Informationen, dem emotionalen Problemdruck und dem enormen Nachfrageansturm, was einen chronischen Dauerstreß bei Studienberatern zur Folge hat. Die bestehenden Unklarheiten werden besonders in Einzelgesprächen artikuliert, Antworten auf Fragen gemeinsam gesucht. Und dies alles vor dem Hintergrund widersprüchlicher Informationen und binnen kürzester Zeit. Was ist verlässlich, was kann an Verlässlichem vermittelt werden? Diese Fragen werden von beiden Seiten aufgeworfen und bleiben allzu häufig offen.

Studienberatung kann nicht hochschulpolitischen Handlungsbedarf ersetzen, der kurzfristig erforderlich ist und inhaltlich die Probleme der Umgestaltung des Hochschulwesens in den neuen Ländern berücksichtigen muß. Studienberatung kann und sollte aber eine Hilfe zur Findung individueller Bewältigungsstrategien sein. Gerade in dieser Zeit der Umgestaltung wäre eine psychologische Beratung in der Studienberatung, wie sie in den alten Ländern selbstverständlicher Bestandteil dieser Einrichtung ist, dringend erforderlich. Leider sind an Ost-Berliner Hochschulen die dazu notwendigen Voraussetzungen noch nicht geschaffen worden. Eine Beruhigung der Lage an den Hochschulen ist auch in absehbarer Zeit kaum zu erwarten. Als Informations- und Kommunikationsmittler zwischen Studierenden und Studiensystem kommen der Studienberatung und Studentenbetreuung wesentliche Funktionen zu. Im Prozeß der Umgestaltung von Hochschule und Hochschulsystem sind Information und Kommunikation für das Gelingen des Umgestaltungsprozesses selbst unverzichtbar.

3 Studieninteressenten und Studierende im Umgestaltungsprozeß - zwei Problemstudien -

Die Studienberatungsstellen in Ost und West versuchen, auf den enormen Informations- und Beratungsbedarf von Studieninteressenten und Studierenden aus den neuen Ländern angemessen zu reagieren. Spezifische Informations- und Beratungsangebote setzen aber eine genaue Kenntnis der Problemlage und der psychischen Befindlichkeit der Klientel voraus, will man nicht an der Bewußtseinslage der Anfragenden völlig vorbeigehen. Im folgenden sollen zwei Problemstudien vorgestellt werden, die die spezifischen Probleme und die psychische Befindlichkeit von Studieninteressenten und Studierenden aus dem Osten Deutschlands zu erfassen versuchen. Dazu wurden zwei Teilpopulationen: "Briefschreiber" und Erstsemesterstudenten mit unterschiedlichen methodischen Instrumentarien untersucht.

3.1 Briefanalyse

Eine Briefanalyse bezog insgesamt 424 schriftliche Anfragen ein, die junge Menschen aus der ehemaligen DDR vom Winter 1989 bis Sommer 1990 an die Allgemeinen Studienberatungsstellen der Technischen Universität (245 Briefe) und der Freien Universität (179 Briefe) in West-Berlin schickten. Die Durchsicht dieser Briefe erfolgte nach einem Raster, das soziodemographische und bildungssoziologische Merkmale erfaßte.

Die sich aus der Öffnung der innerdeutschen Grenze für alle DDR-Bürger ergebende Möglichkeit, ihre schriftlichen Anfragen direkt an die jeweilige westdeutsche Institution zu senden, wurde im Fall der Allgemeinen Studienberatungsstellen der Technischen Universität und der Freien Universität in West-Berlin nicht sofort und massenhaft genutzt. Nach einer sachten Anlaufphase im November und Dezember 1989 wuchs die Anzahl der Briefe kontinuierlich und erreichte ihren Höchststand im März 1990. Zu diesem Zeitpunkt im Jahresablauf erfolgte nach DDR-Bewerbungsmodus die Beantragung der Zulassung zum Studium. In den folgenden Monaten (bis September bei der Technischen Universität und bis Juni bei der Freien Universität) nahmen die schriftlichen Anfragen wieder ab. Insgesamt bedeutete diese Entwicklung für die Studienberatungsstellen eine Zunahme des Informations- und Beratungsumfanges.

Mit ihren Briefen wandten sich vorrangig Studieninteressenten (zu 70 Prozent) im Alter von 18 bis 20 Jahren an die Beratungsstellen. Gerade Einsteiger in

diesen neuen Lebensabschnitt wollten bei ihrer Entscheidung auch die Angebote und Möglichkeiten der West-Berliner Universitäten und des westdeutschen Hochschulsystems ins Kalkül ziehen. Mehr als die Hälfte der Anfragen stellten junge Männer. Die Briefe wurden abgeschickt aus Berlin, den angrenzenden Bezirken und aus größeren Städten der DDR.

Die meisten Anfragenden/Studieninteressenten wollten allgemeine Informationen über die Studienmöglichkeiten, die Bewerbungs- und Zulassungsverfahren, den Studieninhalt, -plan und -aufbau. Damit wird das Fehlen grundlegender Informationen zum westlichen Hochschulwesen und zur jeweiligen Universität deutlich. Informationsdefizite werden auch auf dem Gebiet der BAföG-Regelungen und der Anerkennung von Abschlüssen (Abitur, Studium) erkennbar. Diese Informationsfragen hängen oft mit einem Beratungsbedarf bezüglich des Lebens- und Berufsweges zusammen. Viele Briefe sind in einem sehr persönlichen Stil gehalten und schildern individuelle Schicksale. Ihre Beantwortung durch die Mitarbeiter der Beratungsstellen erforderte ein genaues Eingehen auf differenzierte Sachverhalte. Den West-Berliner Studienberatern waren gerade in der Anfangszeit des gegenseitigen Kennenlernens von Ost- und Westdeutschen die DDR-typischen Lebensstationen noch relativ unbekannt. Damit trugen diese Briefe zur Erweiterung des Wissens über das Bildungssystem und die Lebensweise in der früheren DDR bei.

Bei den insgesamt 424 in die Analyse einbezogenen Briefen beziehen sich ein Fünftel der Anfragen auf das Ingenieurwesen. Häufig interessierende Fachbereiche sind auch die Wirtschaftswissenschaften, die Geisteswissenschaften und die Medizin.

Mehr als die Hälfte aller Anfragenden hatte einen feststehenden Studienwunsch, bei einem Drittel war eine allgemeine Orientierung vorhanden, und ca. 10 Prozent hatten noch keine festen Vorstellungen.

Die Analyse der Briefe, die in den ersten Monaten nach der Grenzöffnung an die Studienberatungsstellen der West-Berliner Universitäten geschickt wurden, lassen Tendenzen hinsichtlich der soziodemographischen Struktur der Anfragenden und ihres Beratungsbedarfs erkennen. Eine Fortsetzung dieser Briefanalyse wäre wünschenswert und könnte darüber weitere Aufschlüsse geben.

3.2 Erstsemesterbefragung

Im Rahmen eines von der Kommission für Lehre und Studium (LSK) geförderten Projekts "Studentische Hilfskräfte in der Studienfachberatung für DDR-Pendler" konnte eine schriftliche Befragung von Erstsemesterstudenten aus Ost und West an der Freien Universität Berlin im Wintersemester 1990/91 an fünf Fachbereichen durchgeführt werden.

Ein Studium im Westen Deutschlands wird oft aus ökonomischen Gründen als nicht realisierbar angesehen. Für Ost- und Randberliner ist ein sogenanntes "Bildungspendeln" möglich, von dem aber nicht im erwarteten Maße Gebrauch gemacht wird. An den fünf Fachbereichen der Freien Universität immatrikulierten sich 249 Studierende aus den neuen Ländern, das sind 9,7 Prozent der Neumatrikulierten; 17 Prozent von ihnen beteiligten sich an unserer Befragung; zum Vergleich wurden auch Studierende aus den alten Bundesländern in die Untersuchung einbezogen.

Als ausschlaggebend für die Entscheidung, an einer westlichen Universität zu studieren, gaben die Befragten bessere Berufsaussichten (80 Prozent) und die Langwierigkeit der Reformen an östlichen Hochschulen (77 Prozent) an. 70 Prozent sind neugierig auf ein Studium im Westen.

Die Entscheidung, an einer westlichen Universität zu studieren, ist den jungen Menschen aus den neuen Ländern teilweise nicht leichtgefallen. Dies belegen die 23 Prozent der Erstsemesterstudenten, die lieber im Osten studiert und weitere 14 Prozent, die unter gewissen Voraussetzungen ein Studium im Osten versucht hätten. Als wesentlicher Unterschied zwischen Ost- und West-Universität wird das Wort "Freiheit" genannt, die erfahren wird in Verbindung mit einem hohen Grad an Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit. Die bessere materiell-technische Ausstattung und die Vielfalt des Lehrangebots werden als weiterer Vorteil vermerkt.

In der Wahl der belegten Studienfächer sind sich die Studierenden aus den neuen Bundesländern sicherer als ihre westlichen Kommilitonen, 76 Prozent glauben, das richtige Studium für sich gewählt zu haben. Im Gegensatz dazu wissen 37 Prozent der Studierenden (West) bereits nach drei Wochen, daß sie das falsche Fach studieren. Die mit der sehr hohen Studierendenzahl verbundene Anonymität wird dagegen als sehr ungünstig erlebt.

Nach drei Wochen Studium hat erst jeder dritte Studierende (Ost) Kontakte zu Kommilitonen geknüpft, während das bereits zwei Dritteln der Studierenden (West) gelungen ist. Die Angst, als "Ossi" nicht gerade willkommen zu sein,

drückt sich auch darin aus, daß "die Leute an der Universität" als "hochnäsig" empfunden werden. Diese Empfindung ist Studierenden aus den alten Ländern fast fremd. Die sich ausdrückende Sensibilisierung der Studierenden (Ost) ist vermutlich eine Folge der Entwicklung der sozialen Umgestaltung in der ehemaligen DDR.

Während unter den befragten Studierenden aus den alten Bundesländern und Berlin-West das Verhältnis der Geschlechter in etwa ausgewogen ist, sind von den Studierenden aus der ehemaligen DDR ca. zwei Drittel Männer und ein Drittel Frauen. Dieses Verhältnis entspricht auch den Erfahrungen der Studienberatungsstellen in Berlin-West, wo zwei Drittel der Ratsuchenden aus den neuen Ländern männlichen Geschlechts sind. Diese Tatsache ist um so erstaunlicher, wenn berücksichtigt wird, daß in den alten Ländern immer mehr Frauen als Männer eine Studienberatungsstelle aufsuchen und der Anteil der Frauen an der Studentenschaft in den neuen Ländern noch bei ca. 50 Prozent liegt.

Sowohl im Vorfeld der Studienentscheidung (55 Prozent) als auch nach Studienbeginn (77 Prozent) nutzten die Studierenden aus den neuen Ländern die Beratungsangebote der Allgemeinen und der Studienfachberatung in viel höherem Maße, als dies bei den Studierenden aus den alten Ländern der Fall war. Interessant ist, daß sich Ängste und Schwierigkeiten beim Einstieg in eine westliche Massenuniversität zwischen beiden Gruppen nicht grundsätzlich unterschieden, jedoch bei Ost-Studierenden zusätzlich Probleme auftraten, wie Kontaktdefizite, Angst vor einer Verletzung des Selbstwertgefühls, Verständnisschwierigkeiten. Die Bildungspendler werden wohl jetzt und in den nächsten Jahren eine neue wichtige Zielgruppe der Studienberatung sein, auf deren Bedarf an Information, Beratung und Betreuung mit spezifischen Angeboten reagiert werden muß. In weiterführenden Untersuchungen wäre zu prüfen, ob und wie lange ein unterschiedlicher Beratungsbedarf im Verlauf des Studiums bestehen bleiben wird und welche Anforderungen an Studienberatung sich daraus ergeben.

3.3 Resümee

Eine gemeinsame Betrachtung dieser zwei Problemstudien läßt in der Tendenz einige Feststellungen zu, wobei der unterschiedliche Erhebungszeitraum im Zusammenhang mit den jeweiligen gesellschaftspolitischen Ereignissen in den neuen Bundesländern gesehen werden muß.

1. Unsere Ergebnisse weisen auf einen **enormen** sich verändernden spezifischen **Informations- und Beratungsbedarf** bei jungen Menschen aus den neuen Bundesländern hin, die sich für ein Studium interessieren. Erfragt werden vorrangig allgemeine Informationen über Studienmöglichkeiten, Zulassungs- und Bewerbungsmodalitäten, über Studieninhalte, -plan und -aufbau sowie über Berufs- und Beschäftigungsaussichten.
2. Als ein wesentlicher Unterschied zwischen Ost und West wird von den befragten Studieninteressenten und Studierenden aus den neuen Ländern der Anspruch an höhere **Eigenverantwortlichkeit und Selbständigkeit** genannt.
3. Die Erstsemesterbefragung deutet an, daß auch nach **Studienbeginn** ein spezifischer Beratungsbedarf für Ost-Studierende an West-Universitäten besteht. Die Allgemeinen und die Studienfachberatungen sind aufgerufen, auf diesen differenzierten Bedarf mit speziellen **Informations- und Beratungsangeboten** zu reagieren. Diese Angebote sollten möglichst in das Spektrum der Beratungstätigkeit integriert werden, damit sie von Ratsuchenden aus den neuen Ländern angenommen und eine Ausgrenzung vermieden wird.
4. Hinweise für unterschiedliche Verhaltensweisen bei der **Studien- und Berufswahl** junger Menschen aus Ost und West lassen sich aus unseren Ergebnissen erkennen. Mehr als die Hälfte aller schriftlich Anfragenden war sich über ihren Studienwunsch im klaren. Der festumrissene Studienwunsch ist bei westlichen Ratsuchenden wohl weniger häufig.
Interessanterweise zeigt sich auch bei den befragten Erstsemesterstudenten nach drei Wochen Studium, daß 76 Prozent der Studienanfänger aus den neuen Ländern sicher sind, das richtige Fach zu studieren. Dagegen wissen 37 Prozent der Studierenden aus den alten Ländern schon nach dieser kurzen Zeit, daß sie das falsche Fach gewählt haben.
Gründe für diese Unterschiede liegen vermutlich in der für ehemalige DDR-Bürger gelernten und verinnerlichten Geradlinigkeit des Ausbildungsweges, der dann zielgerichtet in einen Beruf und einen Arbeitsplatz mündete. Anders als im Westen, wurden junge Leute im Osten Deutschlands schon recht früh mit Fragen der Berufswahl konfrontiert. Der Spielraum für ein Ausprobieren der eigenen Fähigkeiten war eng begrenzt, und dahingehende Aktivitäten wurden eher sanktioniert als befördert.

Die jetzt stattfindende Umgestaltung der Gesellschaft in den neuen Bundesländern erzeugt bei dem einzelnen darüber hinaus einen zusätzlichen sozialen Druck. Es besteht das Bestreben, sich schnell für ein Studium zu entscheiden und es erfolgreich hinter sich zu bringen, um den Eltern nicht noch auf der Tasche liegen zu müssen.

5. Der erwartete Run junger Menschen aus den neuen Bundesländern auf Studienplätze an westdeutschen Hochschuleinrichtungen blieb zum Erstaunen der Hochschulen und der Hochschulpolitiker aus. Im Wintersemester 1990-/91 immatrikulierten sich an Hochschulen der alten Bundesländer 4.200 junge Menschen aus der ehemaligen DDR, was insgesamt nur 0,3 Prozent der Studienanfänger ausmacht. Berlin nimmt hier eine Sonderstellung ein, ca. 20 Prozent der Studienanfänger kamen zum Wintersemester aus dem Osten Deutschlands.

Unsere Problemstudien deuten sowohl objektive als auch subjektive Mobilitätshindernisse an. So bietet West-Berlin für Ost- und Randberliner die Möglichkeit, die finanziellen Vorteile **heimatlichen Wohnens** mit einem **Weststudium** zu verbinden. Das Bewußtsein und die Nutzung dieser Möglichkeit belegen sowohl die Briefe, die zu 55 Prozent aus Berlin und Potsdam gesandt wurden, und die befragten Erstsemesterstudenten, die zu 98 Prozent aus Berlin und dem Umland kamen. Die Bewältigung der **Anonymität** nannten die befragten Studierenden des ersten Semesters als ein wesentliches Problem. Diese Empfindung haben wohl viele junge Menschen an einer Massenuniversität, ungeachtet ihrer Ost- oder Westherkunft, wie unsere Befragung andeutet.

Die Angst, als "Ossi" an einer westlichen Hochschule nicht gerade willkommen zu sein, wurde von einigen Studierenden, die wir in den ersten Wochen des Studiums befragten, schmerzlich erfahren.

6. Der Anteil junger **Frauen**, die sich im Erhebungszeitraum mit ihren schriftlichen Anfragen an die Freie Universität wandten, betrug 45 Prozent. Die Erstsemesterbefragung deutet jedoch darauf hin, daß der Anteil von Frauen, die ein Studium aufnehmen, geringer ist (38 Prozent). Bisher bildeten weibliche Studierende an Hochschulen der ehemaligen DDR etwa die Hälfte der Studentenschaft. Unsere Ergebnisse könnten ein Hinweis darauf sein, daß sich innerhalb der Geschlechtsverteilung Studierender eine Veränderung vollziehen wird. Es ist anzunehmen, daß der Anteil studierender Frauen zurückgeht. In den alten Bundesländern waren 1988 ca. 40 Prozent Frauen an Universitäten immatrikuliert.

Die Problemstudien deuten an, daß männliche Studieninteressenten und Studierende Informationssuchstrategien aktiver entwickeln, damit auch das Angebot westlicher Studienberatungsstellen häufiger nutzen und, wenn überhaupt, eher als Frauen ein Studium an einer westlichen Hochschule aufnehmen. Hier zeichnet sich in der Tendenz eine Veränderung im Rollenverständnis der Geschlechter ab. Frauen sehen sich wohl häufiger gezwungen, die soziale Umbruchsituation in der Weise zu bewältigen, daß sie zugunsten der Familie auf eine anspruchsvolle berufliche Karriere und den damit verbundenen längeren Ausbildungsweg verzichten.

4 Weiterführung der Arbeit

Erste empirische Untersuchungen und die besonderen Bedingungen in den neuen Bundesländern lassen die Notwendigkeit erkennen, Studienberatung im Zusammenhang mit dem Gesamtprogramm der Bildungspolitik systematisch weiterzuentwickeln.

Die bisherigen Ergebnisse weisen auf die drängende wissenschaftliche Bearbeitung sowohl aktuell gegebener als auch zukünftig bedeutsam werdender Problembereiche hin:

- Im Prozeß der Angleichung der beiden Hochschulsysteme ist es besonders dringend, begründete Konzeptionen für Informations- und Beratungsangebote im Vorfeld von Studienentscheidungen und für die Studieneingangsphase zu erarbeiten. Eine Grundlage dafür ist die umfassende Ermittlung des jeweils spezifischen Bedarfs bestimmter Zielgruppen.
- Im Rahmen des Transformationsprozesses der DDR-Gesellschaft besteht die historisch einmalige Chance, Veränderungen im Studierverhalten junger Menschen aus den neuen Bundesländern wissenschaftlich zu begleiten. Diese Thematik verlangt prononciert die Zusammenführung verschiedener sozialwissenschaftlicher Theorieansätze und die Ausweitung empirischer Forschungsvorhaben.
- Zur effizienten Gestaltung des Übergangs von der Hochschule zur Arbeitswelt sollten in der Studienaushangphase Angebote unterbreitet werden, die zur Präsentation des erworbenen Wissens und Könnens befähigen. Voraus-

setzung dazu sind Analysen der Berufsanforderungen und der durch die Hochschule vermittelten sozialen und fachlichen Handlungskompetenz.

- Das vereinigte Europa erfordert eine Europäisierung des Studiums und darin eingebettet die Entwicklung und Erprobung von Informations-, Beratungs- und Betreuungsprogrammen zur Förderung der Bildungsmobilität in Europa.

Um eine begründete Entscheidung bei der Auswahl der künftig zu bearbeitenden Forschungsthemen auf dem Gebiet der Studienberatungs- und Studentenbetreuungskonzepte treffen zu können, sollen in nächster Zeit Diskussionen mit Bildungsforschern, Bildungs- und Hochschulpolitikern und Studienberatern geführt werden.

Literaturverzeichnis

Aulerich, G., Döbbling, K., Edeling, I., Studienberatung eine 'neue' Herausforderung. Zur Situation der Studienberatung an Ost-Berliner Hochschulen, Berlin 1990, (unveröff.).

Augenstein, H., Beratung zwischen Hochschule und Beschäftigungssystem, Hrsg.: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1983, Nr. 77, S. 283.

Augenstein, H., Entwicklung eines Beratungs-, Informations- und Studienzentrums (BIS) für Studieninteressierte und Studierende der Fernuniversität Hagen im SAAR-LOR-LUX-Raum unter besonderer Berücksichtigung des Weiterbildungsangebotes der Universität des Saarlandes, Projektantrag Saarbrücken 1988, Manuskriptdruck.

Bayer, O., Studiensituation und Studienberatung, Bericht über eine repräsentative Befragung der Studierenden an der Universität Erlangen - Nürnberg 1985, (Manuskriptdruck).

Dobrinkat-Otte, U., Döbbling, K. und Haeßner-Le Plat, U., Freiheit mit Barrieren - Probleme junger Frauen aus den neuen Bundesländern vor Studienbeginn und im Studium, Forschungsprojekt, Hrsg.: Präsident der Technischen Universität, Berlin 1991.

Empfehlung des 164. Plenums der HRK vom 1. Juli 1991 zum Auf- und Ausbau der Beratungsangebote für Studieninteressenten und Studierende in den neuen Bundesländern, Manuskriptdruck.

Fachtagung "Perspektiven der Studienberatung", Tagungsbeiträge, Konstanz 1990, Veröff. durch die HRK in Vorbereitung.

Grund- und Strukturdaten 1990/91, Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft; Ausgabe 1990/91, S. 142, 143.

Hochschul-Informationssystem GmbH, Hochschulrahmengesetz, Hochschulbauförderungsgesetz, Landesrecht für die neuen Bundesländer, Hannover 1991.

Hochschulen und Fachschulen der DDR - Statistischer Überblick - 1989, Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Berlin 1989.

Huber, L., Studienberatung, Hochschuldidaktische Stichworte, Hrsg.: Interdisziplinäres Zentrum für Hochschuldidaktik der Universität Hamburg, 1974.

Klaus, J., Vahrenkamp, S. und Müller, D., Studienberatung. - In: Enzyklopädie Erziehungswissenschaft, Handbuch und Lexikon der Erziehung. Bd. 10: Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule, Hrsg.: L. Huber, Stuttgart: Klett-Cotta, 1983.

KMK: Beratung in Schule und Hochschule. Beschluß 14. 9. 1973, Neuwied 1978.

Krüger, H. J. und Steinmann, I., Identität und Hochschule. Probleme und Perspektiven studentischer Sozialisation, Hrsg.: I. N. Sommerkorn, Hamburg 1981.

Protze, M., Studienberatung als Instrument der Studienreform, Anmerkungen zum § 39 HRG in der Zeitschrift "studentische Politik", H. 5, 1971.

Rothe, C., Abiturientenberatung und weiterer Bildungslauf, HIS GmbH, Hannover 1981.

Stichwort Studienberatung. Bestandsaufnahme und Beispiele, Schriftenreihe Hochschule 42, Hrsg.: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bielefeld 1983.

Studienberatung, Hrsg.: Rieck, W., Blickpunkt Hochschuldidaktik 62, AHD, Hamburg 1981.

Studien- und Berufswahl 1990/91, Hrsg.: BLK für Bildungsplanung und Forschungsförderung und Bundesanstalt für Arbeit, Bad Honnef 1990.

Studieren in den neuen Ländern, Verlag Karl Heinrich Bock, Bad Honnef 1990.

Themaheft "Student und Psychotherapie" der Zeitschrift "Studentische Politik", H. 3/4, 1971.

Themaheft "Studentenberatung" der Zeitschrift "Studentische Politik", 6, 1973, H. 6/7.

Verordnung über die Aufgaben der Universitäten, wissenschaftlichen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen mit Hochschulcharakter vom 25. Febr. 1970, GBl II Nr. 26, Seite 189.

2. Britisch-Deutsche Expertentagung zu Fragen der Studienberatung und Berufsberatung: Beratung in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten, London 1984, Redaktion Augenstein, H., Bayer, H.-J., Streptoe, B. und Thorne B., Saarbrücken 1985.

Anschrift der Verfasserinnen:

Dr. Gudrun Aulerich
Dr. Karin Döbbeling
Projektgruppe Hochschulforschung
Aristotelessteig 4

O - 1157 Berlin-Karlshorst